



## Partnerschaft mit Problemen oder Probleme mit der Partnerschaft? Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen

Von Manfred Görtemaker\*

1 Kein Zweifel, die transatlantischen Beziehungen befinden sich in einer Krise. Der Irak-Krieg 2003 führte zu einer Spaltung, die es zuvor in dieser Form und in diesem Ausmaß seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hatte. Dabei verlaufen die Bruchlinien keineswegs nur zwischen den USA und Europa, sondern auch innerhalb Europas. Während die traditionellen Kontinentalmächte Frankreich, Deutschland und Russland um Eigenständigkeit gegenüber den USA als der einzig verbliebenen Supermacht nach dem Untergang der Sowjetunion bemüht sind, entfernt sich Großbritannien unter Premierminister Tony Blair ein weiteres Mal vom Kontinent und blicken die jungen Staaten des „neuen“ östlichen Europa, die nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Freiheit genießen, erwartungsvoll nach Amerika, das ihnen diese Freiheit letztlich bescherte.

10 Die Frage ist: Handelt es sich bei dieser Entwicklung nur um eine vorübergehende Verwirrung in den transatlantischen Beziehungen als Folge der kontroversen Politik des amerikanischen Präsidenten George W. Bush nach den Anschlägen des 11. September 2001? Oder ist ein grundsätzlicher Wandel und damit eine dauerhafte Verschiebung der Interessen- und Mächtekonstellation festzustellen, die sich aus der veränderten Struktur der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges ergibt?

### 16 **1. Das amerikanische Jahrhundert**

17 Das 20. Jahrhundert darf mit Recht als das Jahrhundert Amerikas bezeichnet werden. Keine Macht hat die internationalen Beziehungen seit dem Ersten Weltkrieg stärker bestimmt als die USA. Nachdem diese bereits am Ende des 19. Jahrhunderts ihren zuvor praktizierten Isolationismus aufgeben hatten, um unter Präsident Theodore Roosevelt auf Kuba, Puerto Rico und den Philippinen einen kolonialistischen Kurs zu verfolgen, der sich vom europäischen Imperialismus nur durch seine Befreiungs- und Demokratierhetorik unterschied, begannen die Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges unter Präsident Woodrow Wilson mit umfassender internationaler Ordnungspolitik. Die amerikanischen Soldaten kämpften jetzt nicht mehr nur für ihr eigenes Land, sondern auch für universelle Demokratie, Selbstbestimmung und einen freien Welthandel, wie Wilson in seinen „Vierzehn Punkten“ vom Januar 1918 programmatisch erklärte.

27 Der universalistische, missionarische „Wilsonialismus“, der mit dem Anspruch auf Durchsetzung von Demokratie und allgemeinen Menschenrechten in die internationale Politik Einzug hielt und seinen wohl konkretesten Ausdruck im Völkerbund fand, musste indessen bald ohne seinen Schöpfer auskommen: Wilson scheiterte bei dem Versuch, den amerikanischen Kongress von der Notwendigkeit eines Beitritts der USA zur „League of Nations“ zu überzeugen, und war gezwungen, jene europäischen Staaten, die seine Ideale teilten – vor allem Frankreich, Großbritannien, Belgien und die Niederlande –, ohne amerikanische Rückendeckung zu lassen. Tatsächlich sollten sie sich als zu schwach erweisen, allein mit den neuen Diktatoren – Mussolini, Franco, Hitler, Stalin – fertig zu werden. Am Ende wurden die USA 1941 gegen ihren Willen in einen großen Konflikt hineingezogen, als die Japaner Pearl Harbor bombardierten und Hitler Amerika den Krieg erklärte.

37 Mit diesem zweiten Weltkrieg binnen weniger als 25 Jahren begannen viele Amerikaner zu begreifen, dass die europäische Stabilität – wie es noch 1995 in einem Strategiepapier des Weißen Hauses hieß – „vital für unsere eigene Sicherheit ist, eine Lektion, die wir zweimal in diesem Jahrhundert unter

---

\* Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Lehrstuhl für Neuere Geschichte am Historischen Institut in Potsdam, Email: goerte@rz.uni-potsdam.de



40 großen Opfern gelernt haben“. <sup>1</sup> Die USA realisierten zudem – anders als nach dem Ersten Weltkrieg  
41 –, dass Europa durch seine gegensätzlichen Philosophien und Werte weiterhin zerrissen sein würde  
42 und der aktiven Unterstützung der USA bedurften, wenn den liberalen, demokratischen Kräften der  
43 Durchbruch gelingen sollte.

44 Europa wurde dadurch nach 1941, weit mehr als Asien, zum Schlachtfeld des Kampfes zwischen den  
45 Befürwortern von Freiheit, liberaler Demokratie und freier Marktwirtschaft einerseits und den Ver-  
46 tretern von Ein-Partei-Systemen, staatlich gelenkter Wirtschaft, regierungsamtlicher Informations-  
47 kontrolle und eines ethnisch bestimmten Nationalismus. Auch wenn die USA sich dabei zunächst  
48 an der Seite der stalinistischen Sowjetunion fanden und Frankreich unter Marschall Pétain zu einer  
49 autoritäre Autokratie herabsank, beharrte die amerikanische Regierung unter Präsident Franklin D.  
50 Roosevelt in der auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 verabschiedeten „Erklärung für die  
51 befreiten Gebiete Europas“ unter Berufung auf die Atlantik-Charta vom August 1941 darauf, dass in  
52 den von deutscher und italienischer Herrschaft befreiten Territorien unverzüglich freie Wahlen abzu-  
53 halten seien, um demokratische Verhältnisse zu etablieren und jenen Werten Geltung zu verschaffen,  
54 für die dieser Krieg eigentlich geführt wurde.

55 So erstaunt es nicht, dass die amerikanische Ordnungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg – in den  
56 Worten von Catherine McArdle Kelleher – von dem Gedanken getragen wurde, die Existenz eines  
57 den USA ähnlichen Europa sei „a precondition to the establishment of an international order condu-  
58 cive to American political and economic interests“. <sup>2</sup> Der frühere amerikanische Isolationismus wurde  
59 zu den Akten gelegt. Noch ehe der Kalte Krieg begann, engagierten sich die USA in einem neuen  
60 permanenten System – den Vereinten Nationen –, das wie der Völkerbund der Zwischenkriegszeit  
61 dazu beitragen sollte, die internationalen Beziehungen zu stabilisieren, notfalls auch mit Hilfe ame-  
62 rikanischer Waffen. Jetzt, erst jetzt, vollzogen die USA endgültig den Schritt vom Isolationismus zum  
63 Universalismus, der bis heute ihre Politik bestimmt.

64 Danach trug der Kalte Krieg mit der Sowjetunion dazu bei, dass nicht nur Großbritannien und Frank-  
65 reich, die von vornherein als enge Partner der amerikanischen Politik betrachtet wurden, die die  
66 amerikanischen Werte und Vorstellungen teilten, sondern auch zahlreiche weitere Staaten, darunter  
67 die Bundesrepublik Deutschland, in die amerikanische Allianz einbezogen wurden. Man darf vermu-  
68 ten, dass die USA ihre Führungsrolle in der internationalen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg we-  
69 niger ausgiebig gespielt haben würden, wenn es den Konflikt mit der Sowjetunion nicht gegeben  
70 hätte. Der ideologische Kampf gegen den stalinistischen Kommunismus ebenso wie der Widerstand  
71 gegen eine weitere territoriale Expansion der Sowjetunion nach der Eroberung Osteuropas war je-  
72 doch eine Auseinandersetzung, bei der es nicht nur um Macht, sondern auch um Werte ging. Die  
73 Verteidigung Westeuropas oder, wie es zumeist hieß, die Sicherung des „freien Europa“ gegen die  
74 Bedrohung durch den sowjetisch dominierten Kommunismus wurde für ein halbes Jahrhundert zu  
75 einem Kernanliegen amerikanischer Außenpolitik.

76 Auch zwischen den zwölf Staaten, die im April 1949 den Nordatlantikvertrag unterzeichneten, be-  
77 stand Einigkeit, dass eine weitere Ausbreitung des Kommunismus vermieden werden müsse. Nach  
78 dem Angriff nordkoreanischer Streitkräfte auf das von amerikanischen Truppen eben erst geräumte  
79 Südkorea im Juni 1950 trat der Gedanke hinzu, dass dieser politische Wille zudem der Unterstützung  
80 durch eine militärische Organisation bedurfte: der North Atlantic Treaty Organization (NATO). Doch  
81 bereits bei der Frage, ob oder in welcher Form Deutschland zu dieser Organisation einen Beitrag leis-  
82 ten sollte, war es mit der Einigkeit vorbei, wie die jahrelange und letztlich vergebliche Auseinander-  
83 setzung um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt. Konflikte gab es aber auch um den  
84 Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO, um den Nahen Osten, die französische Indochina-

---

<sup>1</sup> The White House: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, Washington, DC, Februar 1995, S. 2.

<sup>2</sup> Catherine McArdle Kelleher: US Foreign Policy and Europe, 1990-2000, in: The Brookings Review, 8/4 (Fall 1990), S. 5f.



85 und Algerien-Politik und schließlich die amerikanisch-sowjetische Annäherung vor dem Hintergrund  
86 der Risiken des nuklearen Zeitalters, dessen Gefahren spätestens in der Doppelkrise um Berlin und  
87 Kuba 1958 bis 1963 deutlich geworden waren.

88 Alle diese Spannungen, die sich in den siebziger Jahren in der Frage, wie die Entspannungspolitik  
89 gegenüber der Sowjetunion gestaltet sein sollte, fortsetzten und in der europäischen Friedensbe-  
90 wegung und deren Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu Beginn  
91 der achtziger Jahre einen Höhepunkt erreichten, änderten jedoch nichts daran, dass die amerika-  
92 nisch-europäische Koalition grundsätzlich funktionstüchtig blieb. Die Atlantische Allianz erwies sich  
93 als durchweg erfolgreich – nicht nur bei der Abwehr einer möglichen kommunistischen Aggression,  
94 sondern auch bei der Integration der transatlantischen Staatengemeinschaft, die weit über den mi-  
95 litärischen Bereich hinausreichte und sogar primär politische und ökonomische Züge trug. Bis zum  
96 Zerfall der Sowjetunion 1991 und dem damit verbundenen Ende des Kalten Krieges sollte dies auch  
97 so bleiben.

## 98 **2. Das deutsch-amerikanische Verhältnis**

99 Für Deutschland war das Verhältnis zu den USA vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg von zentraler  
100 Bedeutung. Dabei besaßen die deutsch-amerikanischen Beziehungen eine lange, über 300jährige  
101 Tradition. Insgesamt mehr als sieben Millionen Deutsche wanderten seit dem 17. Jahrhundert nach  
102 Amerika aus. 52 Millionen Amerikaner sind heute deutscher Abstammung. Die Deutschen bilden  
103 damit die größte ethnische Gruppe der USA. Jeder fünfte Amerikaner hat deutsche Vorfahren. Die  
104 Auswanderung hatte nicht nur wirtschaftliche Gründe. Amerika war auch Zufluchtstätte für religi-  
105 ös, rassistisch und politisch Verfolgte – ein Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“, Vorbild für Demo-  
106 kraten und Republikaner, wie für die über 3000 Anhänger der Revolution von 1848, die in die USA  
107 flüchteten, als ihr Kampf um eine Demokratisierung Deutschlands scheiterte, unter ihnen Gustav  
108 von Struve und Friedrich Hecker. Auch sonst ist die Liste der deutschen Auswanderer lang: Sie reicht  
109 von Baron Friedrich Wilhelm von Steuben aus Magdeburg, der die Revolutionsarmee George Wa-  
110 shingtons militärisch ausbildete, bis zu Henry Kissinger, dem amerikanischen Sicherheitsberater und  
111 Außenminister unter den Präsidenten Nixon und Ford im 20. Jahrhundert.

112 Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren zwar nicht immer problemlos, nur selten jedoch,  
113 wie am Ende des Ersten Weltkrieges sowie zwischen 1933 und 1945, feindselig. Tatsächlich gab es  
114 zwischen den USA und Deutschland bis 1917 kaum Konflikte, wenn man einmal vom Kolonialstreit  
115 um die Samoa-Inselgruppe im Südpazifik in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhun-  
116 derts absieht. Erst das Jahr 1917 brachte die Wende, als der unbeschränkte deutsche U-Boot-Krieg,  
117 der nach der Versenkung des Passagierdampfers „Lusitania“ 1915 nach amerikanischen Protesten  
118 vorübergehend eingestellt worden war, wieder aufgenommen wurde, wie die deutsche Regierung  
119 den USA in einer Note vom 31. Januar 1917 mitteilte. Danach traten die USA an der Seite der Gegner  
120 Deutschlands offen in den Krieg in Europa ein, und die amerikanische Außenpolitik gewann ihre  
121 neue, weltpolitische Dimension. Von nun an waren die USA sowohl bei der Kriegführung als auch  
122 bei der Suche nach einer neuen Friedensordnung ein wichtiger Akteur, der auf die europäischen und  
123 deutschen Angelegenheiten entschiedenen Einfluss nahm.

124 Dass Deutschland dabei im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gleich zweimal ins Visier der USA geriet,  
125 lag allerdings nicht an einer grundsätzlichen Deutschland-Feindlichkeit der USA – einem amerika-  
126 nischen „Antigermanismus“ –, sondern vor allem an Deutschland selbst: dem Vormachtstreben des  
127 wilhelminischen Kaiserreiches bzw. dem Totalitarismus und der Expansion des Hitler-Regimes sowie  
128 allgemein der radikalen Infragestellung des europäischen Status quo zur Durchsetzung deutscher  
129 Ansprüche nach dem Abschied von Bismarcks Politik der Saturiertheit unter Kaiser Wilhelm II. Wie  
130 sehr die USA dennoch bereit waren, Deutschland zu helfen, in die internationale Gemeinschaft zu-  
131 rückzufinden, zeigte sich indessen sowohl in der Weimarer Republik nach 1919 als auch in der Bun-  
132 desrepublik nach 1949. So wurde nach dem Misserfolg der Versailler Konferenz am 25. August 1921



133 in Berlin ein separater Friedensvertrag zwischen den USA und dem Deutschen Reich unterzeichnet,  
134 dem 1923 ein Handelsvertrag folgte, in dem das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung veran-  
135 ktert war. „Taking Germany into the camp“ stand als Motto über dieser Politik, die auch im Dawes-Plan  
136 von 1924 und im Young-Plan von 1929 zum Ausdruck kam.

137 Nach 1945 versprachen die USA erneut politische Stabilität, wirtschaftliche Genesung und militäri-  
138 sche Sicherheit für Deutschland – eindrucksvoll untermauert durch die „Luftbrücke“ 1948/49, über  
139 die das eingeschlossene West-Berlin während der sowjetischen Blockade aus der Luft versorgt wur-  
140 de. Die Bundesrepublik wurde danach ein Staat, dessen Bevölkerung sich an Amerika orientierte und  
141 den „American way of life“ übernahm, während die Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer  
142 eine enge Partnerschaft mit den USA anstrebte und gegen erhebliche Widerstände der Opposition  
143 auch entschlossen durchsetzte. Noch beim Besuch Präsident John F. Kennedys im Juni 1963 war die  
144 enge politische und emotionale Verbundenheit der Deutschen mit den USA spürbar. Dies galt auch  
145 umgekehrt – etwa wenn Präsident Kennedy vor dem Rathaus Schöneberg den Berlinern zurief: „Alle  
146 freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt West-Berlin, und deshalb bin  
147 ich als freier Mann stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner!“

148 Während des Vietnamkrieges in den sechziger Jahren nahm die Bewunderung für die USA als west-  
149 liche Führungsmacht jedoch ab. Besonders unter Studenten, die hinter roten Fahnen und Plakaten  
150 von Che Guevara und Ho Tschj-minh gegen den Krieg der USA in Indochina marschierten, bildete sich  
151 ein Antiamerikanismus heraus, der im Weltbild einer ganzen Generation tiefe Spuren hinterließ. Das  
152 Bild vom „hässlichen Deutschen“ der Vergangenheit – militaristisch, böse und dämonisch – konkur-  
153 rierte nun mit dem Image des „hässlichen Amerikaners“ der Gegenwart: materialistisch, oberflächlich  
154 und brutal. Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren verlor diese Kritik  
155 viel von ihrer Brisanz. Aber sie flammte noch einmal auf, als die „Friedensbewegung“ zu Beginn der  
156 achtziger Jahre nicht nur gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa,  
157 sondern auch gegen die antisowjetische und vermeintlich gefährliche, entspannungsfeindliche Po-  
158 litik des neuen Präsidenten Ronald Reagan protestierte.

159 Danach verschoben sich die Akzente: Der osteuropäische Kommunismus brach zusammen, und  
160 Deutschland profitierte einmal mehr von der Unterstützung der USA. Präsident George H. W. Bush  
161 („Bush senior“) stellte sich unverzüglich hinter das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung und  
162 wischte Bedenken, die dagegen in Moskau, aber auch in Paris und London geäußert wurden, beiseite.  
163 Ohne diese amerikanische Unterstützung, die vor allem in den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ der  
164 beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ihren Niederschlag  
165 fanden und im September 1990 zu einer Regelung der Deutschlandfrage führten, wäre die deutsche  
166 Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 kaum zu erreichen gewesen. Die amerikanische Rolle ist hier  
167 – wie beim Dawes- und Young-Plan und später beim Marshall-Plan und bei der Westintegration der  
168 Bundesrepublik – kaum hoch genug zu veranschlagen. Die USA, nicht Frankreich oder gar Russland,  
169 waren für Deutschland die zentrale Macht, die Sicherheit und, wann immer nötig, Unterstützung  
170 versprach und letztlich die deutsche Einheit ermöglichte.

171 Mit der neu gewonnenen Souveränität Deutschland wuchs zugleich dessen internationale Verant-  
172 wortung. Präsident Bush hatte der Bundesrepublik schon vor 1989 eine „partnership in leadership“  
173 angeboten. Jetzt wurde daraus eine Forderung, der man sich nicht länger entziehen konnte. Bundes-  
174 kanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, dessen Nachfolger Klaus Kinkel und  
175 Verteidigungsminister Volker Rühle wurden ihr in den neunziger Jahren mit dem deutschen Engage-  
176 ment in Kambodscha, Somalia und Bosnien gerecht. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außen-  
177 minister Joschka Fischer setzten diesen Kurs fort, als sie sich im Kosovo-Konflikt, in Mazedonien und  
178 schließlich in Afghanistan Seite an Seite mit den USA, Großbritannien und den anderen Verbündeten  
179 innerhalb der NATO um konstruktive Lösungen für die dortigen Probleme bemühten, die auch Mi-  
180 litäreinsätze einschlossen. Das wiedervereinigte Deutschland fügte sich damit bemerkenswert pro-  
181 blemlos in die internationale Gemeinschaft ein. Die Kooperation, die während des Kalten Krieges



182 bestanden hatte, schien auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihre Gültigkeit zu behalten.

### 183 **3. Der Weg in die Krise**

184 Schon wenige Jahre später, in der Krise um den Irak 2002/03 war von diesem positiven Eindruck  
185 nicht mehr viel übrig. Die Irak-Krise erweckte vielmehr den Eindruck, als hätten sich die Strukturen  
186 in der internationalen Politik – vor allem nach dem 11. September 2001 – nachhaltig verändert und  
187 als seien die amerikanisch-europäischen Beziehungen durch eine grundlegende Verschiebung der  
188 atlantischen Tektonik nachhaltig geschädigt.

189 Dabei war der Irak-Konflikt keineswegs die erste Krise, in die das Atlantische Bündnis nach dem Ende  
190 des Kalten Krieges geriet. Schon der Bosnien-Konflikt in der ersten Hälfte der neunziger Jahre führte  
191 zu einem ernstesten Test, der sich leicht zu einer Zerreißprobe hätte auswachsen können. Dabei trafen  
192 drei Dinge zusammen: der Zerfall Jugoslawiens, der 1991 mit der Erstarkung des postkommunisti-  
193 schen Nationalismus auf dem Balkan begann, die Hoffnung der USA, dass die europäischen Alliierten  
194 nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Angelegenheiten wieder selbst erledigen könnten, und die  
195 Annahme der Europäer, dass sie dazu tatsächlich in der Lage seien, wie der luxemburgische Außen-  
196 minister Jacques Poos erklärte, als er behauptete: „Wenn die Europäer ein Problem lösen können,  
197 dann ist es das Jugoslawien-Problem. Das ist nicht Aufgabe der Amerikaner oder von irgendwem  
198 anderes.“<sup>3</sup>

199 Als die Abgesandten der Europäischen Union sich in den folgenden Jahren bei zahllosen diplomati-  
200 schen Initiativen jedoch – nach amerikanischer Einschätzung erwartungsgemäß – als unfähig erwie-  
201 sen, den Bürgerkrieg auf dem Balkan zu beenden, waren am Ende mehr als drei Millionen Menschen  
202 aus ihrer Heimat vertrieben und über 200 000, unter ihnen viele unbewaffnete Zivilisten, Frauen  
203 und Kinder, tot. Die amerikanische Bosnien-Politik fand in dieser Zeit nicht statt. Nicht nur Präsident  
204 George H. W. Bush hielt sich zurück. Auch Bill Clinton, der im Januar 1993 seine Nachfolge antrat,  
205 schwankte. Zwar kam es im Herbst 1994 zu Spannungen mit den Europäern, als die USA zur Rettung  
206 der „Sicherheitszone“ Biha-Luftangriffe forderten und die Europäer, allen voran Frankreich und die  
207 britische Regierung unter Premierminister John Major und Außenminister Douglas Hurd, ein wei-  
208 teres Mal zögerten. Doch am Ende lenkte die amerikanische Regierung ein, weil, wie ein höherer  
209 Regierungsberater erklärte, die amerikanische Führung sich einig war, dass die NATO wichtiger sei  
210 als Bosnien.<sup>4</sup>

211 Erst 1995 griffen die USA ein. Präsident Clinton entsandte den erfahrenen und durchsetzungsfähigen  
212 ehemaligen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Richard Holbrooke nach Europa, um  
213 den bosnischen Serbien und Präsident Slobodan Milošević endlich Einhalt zu gebieten.<sup>5</sup> Holbrooke  
214 erfüllte seine Aufgabe mit Umsicht, indem er nicht nur dazu beitrug, das Abkommen von Dayton  
215 zustande zu bringen, sondern dies auch im Rahmen der „Bosnien-Kontaktgruppe“ in einem mul-  
216 tilateralen Prozess gemeinsam mit den Europäern tat.<sup>6</sup> Holbrooke und die Clinton-Administration  
217 verliehen der NATO und dem transatlantischen Verhältnis damit nach dem Ende des Kalten Krieges  
218 eine neue, friedensstiftende Funktion. Dazu gehörte auch die Einbindung der neuen Demokratien  
219 des postkommunistischen Europa in die westliche Gemeinschaft. Im Frühjahr 1999 traten Polen, die  
220 Tschechische Republik und Ungarn der NATO bei.

221 Der Multilateralismus Präsident Clintons und seiner Außenministerin Madeleine Albright fand in Eu-  
222 ropa – nicht zuletzt in Deutschland – viel Beifall. Clinton wurde damit in Deutschland bald so populär  
223 wie vor ihm nur John F. Kennedy. In den USA dagegen wurde Clinton, dem man zudem seine liberale

---

<sup>3</sup> Zit. in: Mark Almond: *Europe's Backyard War. The War in the Balkans*, London: Mandarin, 1994, S. 32.

<sup>4</sup> Ivo Daalder: *Getting to Dayton. The Making of America's Bosnian Policy*, Washington, DC: Brookings Institution Press 2000, S. 34.

<sup>5</sup> Siehe hierzu ausführlich Timothy Garton Ash: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München und Wien: Hanser 2004, S. 136ff.

<sup>6</sup> Siehe hierzu ausführlich Richard Holbrooke: *To End a War*, New York: Random House Inc. 1998.



224 und soziale Grundhaltung zum Vorwurf machte, gerade wegen dieser Europabezogenheit eine Figur,  
225 an der sich die republikanische Rechte immer schärfer rieb. Clintons Aussage bei der Verleihung des  
226 Karlspreises in Aachen am 2. Juni 2000 (er war der erste amerikanische Präsident, dem diese höchste  
227 politische Ehrung in Europa zuteil wurde), es sei eine „schlichte Tatsache“, dass Amerika auch „ein Teil  
228 Europas“ sei, „mit dem es die Bande der Familie, der Geschichte und gemeinsamer Werte verbinden“  
229 <sup>7</sup>, stieß bei den amerikanischen Konservativen beinahe einhellig auf Widerspruch. Sein Nachfolger im  
230 Weißen Haus, George W. Bush, befand, dass ein starkes, geeintes Europa nicht im Interesse der USA  
231 liege, und bevorzugte stattdessen einen Kurs des amerikanischen Unilateralismus, getragen von ei-

232 ner nationalistischen Grundströmung, die es seit Franklin D. Roosevelt nicht mehr gegeben hatte.  
233 Die Terroranschläge gegen das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 ver-  
234 liehen dieser Politik zusätzliche Entschiedenheit. Allerdings war schon vor dem 11. September eine  
235 Abkehr von Clintons Multilateralismus unverkennbar. Bushs Gegnerschaft zum Kyoto-Protokoll über  
236 den Kampf gegen globale Erwärmung sowie seine Bemühungen um Aufrüstung mit dem Ziel, die  
237 USA militärisch unbesiegbar zu machen, entsprachen seiner konservativen Grundhaltung, die in  
238 seiner Administration vor allem von Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald  
239 Rumsfeld geteilt und darüber hinaus von zahlreichen Lobbyisten und Presse Groups gefördert wur-  
240 de. Gleichwohl scheute Bush anfangs noch vor den Konsequenzen einer möglichen Selbstisolierung  
241 zurück. Auf seiner Europareise, die ihn im Juni 2001 nach Schweden, Spanien und Polen führte, zeigte  
242 er sich noch versöhnlich. Nach dem 11. September war davon nichts mehr übrig. Auch Außenminis-  
243 ter Colin Powell, der in der Administration ein Gegengewicht gegen die konservative Rechte bildete,  
244 vermochte daran nichts mehr zu ändern.

245 Der 11. September 2001 – das „Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts“, wie Bush noch am selben Abend  
246 in sein Tagebuch notierte <sup>8</sup> – verlieh dem neuen Präsidenten eine Mission, nach der er in den voran-  
247 gegangenen Monaten vergeblich gesucht hatte. Der Umstand, dass die Serben in einer weitgehend  
248 friedlichen Revolution im Herbst 2000 Slobodan Milošević gestürzt hatten und die Europäische U-  
249 nion die Hauptlast des Wiederaufbaus auf dem Balkan trugen, kam Präsident Bush zusätzlich zu Hilfe:  
250 Die USA besaßen damit weitgehende Handlungsfreiheit in ihrem Kampf gegen den internationalen  
251 Terrorismus. Anders als Clinton, setzte Bush dabei auf einen amerikanischen Alleingang. Das Ange-  
252 bot der NATO, die Angriffe des 11. September gegen eines der Mitgliedsländer gemäß Artikel 5 des  
253 Nordatlantikvertrages zu einem Angriff gegen alle zu erklären und damit ein multilaterales Vorgehen  
254 einzuleiten, wurde von der amerikanischen Regierung am 30. September zwar freundlich zur Kennt-  
255 nis genommen, aber nicht akzeptiert. Im globalen Anti-Terror-Krieg spielte die NATO zunächst keine  
256 Rolle.

257 Das amerikanische Vorgehen gegen Osama bin Laden, al-Qaida und das Taliban-Regime in Afghanis-  
258 tan im Herbst 2001 fand dennoch in Europa weitgehende Unterstützung. Erst Bushs Erklärung zur  
259 Lage der Nation im Januar 2002, in der er eine „Achse des Bösen“ zwischen dem Irak, Iran und Nord-  
260 korea konstruierte, weckte in Europa Besorgnisse hinsichtlich des weiteren Vorgehens der USA. Als  
261 Bush zudem im September 2002 ein neues nationales Sicherheitskonzept verkündete, in der er nicht  
262 nur erneut erklärte, die amerikanische Militärmacht „unbesiegbar“ machen zu wollen, sondern auch  
263 „präventive Maßnahmen“ gegen die Bedrohung durch Terroristen und „Schurkenstaaten“ ankündig-  
264 te, die er in seiner Bemerkung zur „Achse des Bösen“ im Januar zuvor bereits namentlich benannt  
265 hatte, wurde aus der Besorgnis konkrete Kriegsfurcht. Die Kluft zwischen Amerika und Europa wurde  
266 breiter und tiefer.

---

<sup>7</sup> Zit. nach: Timothy Garton Ash: Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise, München und Wien: Hanser 2004, S. 139.

<sup>8</sup> Vgl. Bob Woodward: Bush at War, New York: Simon & Schuster Adult Publishing Group 2000, S. 37.



267 Vor diesem Hintergrund wird auch die Entscheidung der Bundesregierung verständlich, zur Ver-  
268 besserung ihrer Chancen auf eine Wiederwahl bei der Bundestagswahl im September 2002 einen  
269 offenen Konflikt mit den USA anzusteuern. Ein solcher Konflikt war in der Öffentlichkeit schon da-  
270 mals populär – und ist es bis heute geblieben, nicht nur in Deutschland. Manches spricht dafür, dass  
271 Bundeskanzler Schröder ohne den Trumpf der „Friedenskarte“ die Bundestagswahl im Herbst 2002  
272 verloren hätte. Dass er diese Karte spielte, brachte ihm viel Sympathie und Zustimmung ein – weit  
273 über die Grenzen seiner eigenen Partei hinaus. Vordergründig ging die Strategie tatsächlich auf: Bun-  
274 deskkanzler Schröder blieb im Amt. Doch der Preis war hoch. Der pazifistische Antiamerikanismus,  
275 der von den Regierungsparteien im Wahlkampf geschürt wurde, gewann eine Eigendynamik, die es  
276 Schröder und Außenminister Fischer nicht erlaubte, nach der Wahl zu einer nüchternen Realpolitik  
277 gegenüber den USA zurückzukehren. Das Ergebnis war eine gravierende Beschädigung des deutsch-  
278 amerikanischen Verhältnisses, das kurzfristig kaum noch reparabel schien.

279 Freilich hatten Präsident Bush und die konservative amerikanische Regierung entscheidend dazu  
280 beigetragen, dass es zu dieser Eskalation kam. Aus amerikanischer Sicht war der Irak ein zentraler  
281 Bestandteil der „Achse des Bösen“. Seit Sad-dam Hussein 1998 die UN-Waffeninspektoren des Landes  
282 verwiesen hatte, wirkten maßgebliche Kräfte in Washington auf seinen Sturz hin: Donald Rumsfeld,  
283 Paul Wolfowitz und Richard Perle im Pentagon, John Bolton und Richard Armitage im Außenministe-  
284 rium sowie Robert F. Zoellick im Handelsministerium. Auch die neue Sicherheitsberaterin im Weißen  
285 Haus, Condoleezza Rice, erklärte bereits während der ersten Sitzung des neuen Nationalen Sicher-  
286 heitsrates im Januar 2001, an der Spitze ihrer Agenda stehe die Frage, „wie der Irak die Region desta-  
287 bilisiert“. <sup>9</sup> Am 11. November 2002, unmittelbar nach dem Ende des Krieges in Afghanistan, forderte  
288 Präsident Bush schließlich seinen Verteidigungsminister auf, einen neuen Kriegsplan zum Sturz von  
289 Saddam Hussein vorzubereiten. <sup>10</sup> Der Konflikt mit den Europäern resultierte danach vor allem daraus,  
290 dass die USA geneigt waren, das Problem im Alleingang zu lösen, während die meisten europäischen  
291 Länder, allen voran Großbritannien unter Premierminister Tony Blair, ein Vorgehen unter dem Dach  
292 der UNO befürworteten.

293 Präsident Bush gab zwar der „UN-Linie“ sechs Monate Zeit, um ihre Erfolgsträchtigkeit zu prüfen.  
294 Aber er lehnte es ab, zu warten, „bis zwei zweitrangige Mächte des alten Europa, Frankreich und  
295 Großbritannien, ihren diplomatischen Zwist ausgehandelt hatten“, wie Timothy Garton Ash berich-  
296 tet. Schließlich hätten sich nach Auffassung von Bush nicht die USA vor der UN rechtfertigen müs-  
297 sen. Vielmehr sei es Sache der UN gewesen, „ihre Relevanz im globalen Krieg gegen das Böse unter  
298 Beweis zu stellen“. <sup>11</sup> Deutschland tauchte in diesen Überlegungen praktisch gar nicht auf. In der  
299 ausführlichen Darstellung von Bob Woodward zur amerikanischen Politik vom 11. September bis  
300 zum Ende des Afghanistan-Krieges wird der Name Schröder nicht ein einziges Mal erwähnt. Auf dem  
301 Höhepunkt der Irak-Krise wurde der Bundeskanzler dann zu keinem Zeitpunkt von Bush persön-  
302 lich einbezogen, weil der amerikanische Präsident sich einerseits von Schröder persönlich getäuscht  
303 fühlte, da dieser ihm im Frühjahr 2002 versichert hatte, nicht öffentlich gegen die amerikanische Irak-  
304 Politik Stellung zu beziehen, und andererseits die deutsche Rolle offenbar für so unbedeutend hielt,  
305 dass sich eine Konsultation erübrigte.

---

<sup>9</sup> Vgl. Bob Woodward: *Bush at War*, New York: Simon & Schuster Adult Publishing Group 2000, S. 49; ders.: *Plan of Attack*, New York: Simon & Schuster Adult Publishing Group 2004, S. 24f; und Richard A. Clarke: *Against all Enemies. Inside America's War on Terror*, New York: Free Press 2004.

<sup>10</sup> Siehe hierzu Bob Woodward: *Plan of Attack*, New York: Simon & Schuster Adult Publishing Group 2004, S. 1f.

<sup>11</sup> Timothy Garton Ash: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München und Wien: Hanser 2004, S. 153.



306 Hinzu kam auf amerikanischer Seite ein unterschwelliger Anti-Europäismus, der das genaue Gegen-  
307 teil zum Europa-Bekenntnis Präsident Clintons vom Juni 2000 darstellte. Wichtige Vertreter der ame-  
308 rikanischen Regierung warfen den Europäern jetzt vor, ihren „moralischen Kompass“ oder gar – wie  
309 Frankreich – ihr „Rückgrat“ verloren zu haben, und scheuten auch nicht davor zurück, das europäi-  
310 sche Verhalten gegenüber Saddam Hussein mit der Appeasement-Politik der 1930er Jahre gegen-  
311 über Hitler zu vergleichen.<sup>12</sup> Lediglich Großbritannien blieb von dieser Kritik verschont – aber Groß-  
312 britanien war eben auch nicht Europa.

313 So war es nur logisch, dass die USA nicht länger der Koalition der Atlantischen Allianz vertrauten,  
314 sondern sich bemühten, eine neue Koalition zu schmieden: die „Koalition der Willigen“. Die Koalition,  
315 erklärte dazu Verteidigungsminister Rumsfeld, müsse sich dem Konflikt anpassen, nicht umgekehrt.<sup>13</sup>  
316 Paul Wolfowitz notierte bereits 1992 in einem Entwurf zu neuen Richtlinien für die amerikanische  
317 Verteidigungsplanung grundsätzlich: „Wir sollten uns künftige Koalitionen eher als Ad-hoc-Zusam-  
318 menschlüsse vorstellen, die häufig nicht über die bestehende Krise hinausreichen und vielfach nur  
319 in einer generellen Übereinkunft hinsichtlich der jeweiligen Ziele bestehen.“<sup>14</sup> Natürlich betraf dies  
320 in erster Linie Europa. Aber die Koalition der Willigen konnte genauso gut außereuropäische Staaten  
321 umfassen, wenn sie sich anboten. Wichtig war nur das zu erreichende Ziel, das jetzt ausschließlich  
322 gemäß den amerikanischen Interessen und Absichten definiert wurde, während die ehemaligen eu-  
323 ropäischen Partner als militärisch schwach, politisch zerstritten und damit letztlich als für die USA  
324 irrelevant eingestuft wurden.

#### 325 **4. Neue Strukturen im transatlantischen Verhältnis?**

326 Die Frage bleibt, ob der amerikanische Unilateralismus, wie er von der Administration unter Präsi-  
327 dent George W. Bush im Kampf gegen den internationalen Terrorismus praktiziert wird, grundsätzli-  
328 cher Natur ist oder mit dem Machtantritt einer neuen amerikanischen Regierung schon bald wieder  
329 der Vergangenheit angehören könnte. Tatsache ist, dass in den USA zwei Richtungen miteinander  
330 streiten, die von der Historikerin Gertrude Himmelfarb in ihrem Buch *One Nation, Two Cultures* zu-  
331 treffend beschrieben wurden.<sup>15</sup> Das konservative Amerika, das gegenwärtig die Regierung und mit  
332 George W. Bush den Präsidenten stellt, hat dabei im Augenblick die Oberhand. Ob dieser Konser-  
333 vativismus und der damit verbundene Anti-Europäismus wirklich der Mehrheitsmeinung der Ame-  
334 rikaner entsprechen, darf allerdings bezweifelt werden. Schon die nächsten Wahlen könnten hier  
335 zu Korrekturen führen. Das System der „checks and balances“ in der amerikanischen Politik hat sich  
336 bisher noch stets als fähig erwiesen, derartige Korrekturen vorzunehmen.

337 Hinzu kommt zweierlei: Zum einen liegt die positive Erfahrung des Multilateralismus der Clinton-  
338 Administration, die sich zudem ökonomisch als außerordentlich erfolgreich erwies, noch nicht lange  
339 zurück. Selbst diejenigen, die den amerikanischen Konservativen ein hohes Maß an Durchsetzungs-  
340 fähigkeit und Beharrungsvermögen unterstellen, müssen zugeben, dass der Erfolg von Clinton wie-  
341 derholbar scheint – gerade auch unter den Bedingungen der „zwei Kulturen“, von denen Gertrude  
342 Himmelfarb spricht. Zum anderen zeigen die Entwicklungen im Kampf gegen den internationalen  
343 Terrorismus und nicht zuletzt auch die Schwierigkeiten bei der Stabilisierung des Irak, dass der von  
344 der Bush-Administration propagierte Unilateralismus längst an seine Grenzen gestoßen ist. Das Um-  
345 denken ist für die Supermacht USA nicht einfach. Aber es ist unvermeidlich.

---

<sup>12</sup> So Richard Perle in: *The Guardian*, 13. November 2002

<sup>13</sup> Donald Rumsfeld: Bemerkungen beim „Keeper of the Flame“-Dinner des Center for Security Policy, 6. November 2001.

<sup>14</sup> Draft Defense Planning Guidance, zit. in: *The New York Times*, 8. März 1992.

<sup>15</sup> Gertrude Himmelfarb: *One Nation, Two Cultures*, New York: Vintage Books 2001



346 Die Krise, die nach der Zäsur des 11. September 2001 im transatlantischen Verhältnis begann, könnte  
347 sich damit als vorübergehende Phase erweisen, die schon bald wieder durch neue Formen der Ko-  
348 operation und des Multilateralismus abgelöst wird. Tatsächlich sind die grundsätzlichen Bedingun-  
349 gen der transatlantischen Gemeinschaft – das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, zu Demokra-  
350 tie, Freiheit und einer marktwirtschaftlichen Ordnung – nach wie vor von Bedeutung. Ideologische  
351 Unterschiede innerhalb der westlichen Gesellschaften wiegen dagegen weniger schwer. Und auch  
352 die militärische Stärke der USA verblasst vor dem Hintergrund gemeinsamer Probleme, die sich von  
353 keiner Macht der Welt im Alleingang lösen lassen. Der Spalt, der sich in den vergangenen Jahren  
354 zwischen den USA und Europa aufgetan hat, ist daher möglicherweise nur von kurzer Dauer – so tief  
355 er im Moment auch noch erscheinen mag. Eine grundsätzliche Verschiebung der Interessenlagen  
356 beiderseits des Atlantiks ist jedenfalls längerfristig nicht zu befürchten.

Quellen: in : Stratenschulte, Eckart D. (Hrsg.) (2006): Europas Außenpolitik. Die EU als globaler Akteur,  
Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, S. 19-30.